

Rückblick auf die Zürcher Lokalpolitik

Zusammenfassung der wichtigsten Pressemeldungen



1. Hälfte Dezember 2022

1. Dezember

Ein Vorstoss im Kantonsparlament schlägt vor, dass auf dem Zürichsee eine Solarfarm gebaut werde, rund zweieinhalb Quadratkilometer gross, ein schwimmender Teppich. Die kantonale Baudirektion schreibt, man werde das Anliegen prüfen.

Im Gemeinderat erlitten die Befürworter einer technologischen Aufrüstung der Stadtpolizei eine Niederlage. Der Vorstoss der SVP scheiterte mit 72 zu 40 Stimmen relativ klar. Die Frontpolizeibeamt:innen sollten mit Elektroschockgeräten, auch – Tasern genannt, ausgerüstet werden. Taser-Einsätze seien, im Gegensatz zu Schusswaffeneinsätzen nicht tödlich. Für die Linke stimmte dies so nicht: «Auch Taser können tödliche Waffen sein»

Das neue Justizzentrum ist auch ein grosser Stromfresser! Da das kantonale Immobilienamt, das für den Einkauf von Energie federführend ist, auf dem vermeintlich billigeren Markt für 2023 einkaufen wollte, muss jetzt ein Preis von vier Millionen Franken hingeblickt werden. Wäre das Justizzentrum beim bisherigen, staatlichen Lieferanten geblieben, müsste es für das Jahr 2023 nur einer Million Franken bezahlen.

2. Dezember

Bei starken Periodenschmerzen, möglicherweise verursacht durch eine leidvolle Krankheit, die fast niemand kennt und die sich Endometriose nennt, sollen weibliche Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung bis zu fünf Tagen bezahlten Mens-Urlaub pro Monat beziehen können. Der Gemeinderat beauftragt den Stadtrat, ein Pilotprojekt zu starten um zu eruieren, wie Betroffene «unkompliziert» von der Arbeit dispensiert werden können.

Die Stadt Zürich will mit einer «Energiekostenzulage» jenen rund 58'000 Personen in 34'000 Haushalten unter die Arme greifen, die von der Heizkostenexplosion besonders betroffen sind. Konkret handelt es sich um jene Teile der Bevölkerung, die Anspruch auf individuelle Prämienerbilligung haben und mit Öl- oder Gas heizen. Keinen Anspruch haben Bezüger:innen von Sozialhilfe oder von Ergänzungsleistungen, da dort die Heizkosten bereits berücksichtigt sind.

3. Dezember

Das «Klima-Buch» der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg ist der NZZ eine ganze Seite für eine Rezension wert. Die Autorin wollte ein Buch vorlegen das die Klima-Ökologie- und Nachhaltigkeitskrise ganzheitlich behandelt. Darüber hinaus ist auch Mikroplastik ein Thema und zum Aussterben von Insektenarten und zur Antibiotikaresistenz wird referiert. Für die Autorin steht ausser Frage, wer für die globale Nachhaltigkeitskrise verantwortlich ist: Die Krise ist der Preis für das Streben nach kurzfristigem Wirtschaftswachstum oder schlicht das Ergebnis einer Welt, die in der Gier, Selbstsucht und Ungleichheit alles aus dem Gleichgewicht gebracht hat. Im heutigen Wirtschaftssystem können wir nicht nachhaltig leben, wir brauchen einen Systemwechsel. So oder ähnlich hat das doch auch schon vor über 150 Jahren ein gewisser Karl Marx gesagt. Dass im Buch Versuche zu einer marktwirtschaftlichen Lösung der Umweltproblematik nicht erwähnt werden, wird in der NZZ als thematische Lücken bezeichnet. Es ist aber klar, die Autorin kann der Marktwirtschaft nichts abgewinnen.

6. Dezember

Mit dem Samichlaus kommt auch die Hiobsbotschaft aus der Europaallee: Das Zürcher Kulturhaus «Kosmos» ist pleite und hat Konkurs anmelden müssen. 71 Angestellte verlieren ihren Job. Buchladen, mehrere Kinosäle und Restaurant werden geschlossen. Der Betrieb scheint noch nie rentabel funktioniert zu haben. Dies ist bei einer Jahresmiete von knapp einer Million Franken

verständlich. Was mit der Liegenschaft, sie gehört der SBB, geschieht, ist völlig offen. Die SVP meldet sich bereits mit einer perfiden Medienmitteilung zu Wort. «Das zeigt, dass die Linken im Programmgestalten gut sind, aber weniger gut im Geldverwalten».

In den USA wird eine Flagge, «die das Chaos von rechtschaffenen Bürgern trennt» von Rechtsextremen verwendet und, auch von einem Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft Zürich-Sihl. Von der Strasse aus war die Fahne offenbar nicht einsehbar, wohl aber vom Nachbargebäude aus, wo SP und JUSO ihre Sekretariate haben. Der Mediensprecher der Staatsanwaltschaft meint auf Anfrage hin, man hätte von der Existenz einer solchen Fahne nichts gewusst. Mit dem Sachbearbeiter, der die Fahne in seinem Büro aufgehängt hatte, habe man das Gespräch gesucht und ihn «für die unterschiedlichen Interpretationsweise dieser Flagge sensibilisiert». Darauf sei «im gegenseitigen Einvernehmen» die Flagge entfernt worden. Für den Co-Jusopräsidenten des Kantons hat der Mediensprecher der Staatsanwaltschaft eine «extrem verharmlosende Formulierung» verwendet.

7. Dezember

Die VBZ haben ihre Personalrekrutierungsziele nicht erreicht. Das führt dazu, dass die Tramlinie 15 weiterhin eingestellt bleibt, dass verschiedene Tram- und Buslinien einen höheren Minutentakt erhalten, also zu Beispiel statt alle 7.5 Minuten ein Fahrzeug, nur alle 15 Minuten. Dafür wird andererseits zusammen mit den Gewerkschaften an einem neuen, attraktiveren Schichtmodell gearbeitet.

Nun hat sich auch die zuständige Regierungsrätin zum Datenleck in der Justizdirektion. In den Jahren 2006 bis 2012 sind hochsensible Daten der Strafverfolgung und weiter Justizbehörden in die Hände vom Drogen- und Rotlichtmilieus geraten. Das sei unprofessionell, fahrlässig und allenfalls strafrechtlich relevant gewesen. Die Direktorin sprach von Konsequenzen. Das Debakel wurde von einer externen IT- und Rechtsberaterin aufgearbeitet und in 39 Seiten dokumentiert.

8. Dezember

Neue Zürcher Hochhausrichtlinien werden publiziert. In drei Punkten werden wesentliche Verbesserungen der neuen Reichlinien gegenüber jenen von 2001, die bis Dato gültig waren. Erstens werden die Gebiete geschärft, die für Hochhäuser geeignet sind. Zweitens schaffen sie die Voraussetzung, um Qualität noch verbindlicher einfordern zu können und drittens gibt es mehr Mitsprachemöglichkeiten in gesamten Planungsprozess. Eine Obergrenze, für Hochhäuser, erwartet wurden 250 Meter, wird es nicht geben.

9. Dezember

Die Behördeinitiative der Stadt Zürich, die es den Gemeinden ermögliche sollte, auf lokaler Basis das Ausländer- Stimm- und Wahlrecht, einzuführen, dürfte bereits im Kantonsrat scheitern. Die zuständige Kommission des Kantonsrates lehnte den Vorschlag mit acht zu sieben Stimmen ab. Dagegen waren erwartungsgemäss SVP, FDP und EVP, dafür die SP die GLP die Grünen und die AL. Vors Volk kommt die Initiative nur, wenn der Kantonsrat zustimmt, sonst ist sie definitiv vom Tisch.

10. Dezember

Grosser Bahnhof bei der Eröffnung der Limmattalahn, einer neuen Zürcher Stadtbahn. Die zuständige Bundesrätin und viel Prominenz aus den Kantonen Zürich und Aargau waren angereist. Die Jungfernfahrt blieb der Prominenz vorbehalten. Erfreulich: Die Eröffnung findet wie im Terminplan vorgesehen und gekostet hat die heue Bahn maximal 600 statt den budgetierten 750 Millionen Franken. Die Schlussabrechnung liegt natürlich noch nicht vor.

Eröffnet wird das erste Extra-Lichtsignal für den Veloverkehr. Die Velo-Ampel schaltet fünf Sekunden früher auf grün als jene für die Autos, was den Velos ein früheres Starten erlaubt und sie vor allem bei Abzweigungen begünstigt. Jetzt müssen sich die Velofahrenden nur noch ans Rotlicht halten!

12. Dezember

Ein interessantes Urteil des Zürcher Verwaltungsgerichtes. Da stellt eine Firma im Kanton Fleischersatzprodukte aus pflanzlichen Proteinen auf Erbsenbasis her. Das Zürcher Kantonale Labor für Lebensmittel forderte die Erstellerin des Ersatzproduktes auf, auf Tierartenbezeichnungen zu verzichten. Die Firma legte einen Rekurs bei der kantonalen Gesundheitsdirektion ein, wurde aber abgewiesen. Das Verwaltungsgericht sieht die Sache aber anders. Von einer Täuschung des Konsumenten könne keine Rede sein, haben doch bei einer Umfrage 93 Prozent der Befragten erkannt, dass es sich um ein vegetarisches Produkt handelt.

13. Dezember

Die Rituale der Budgetdebatten werden voll ausgelebt. SVP-Originalton: «Wir bekämpfen links-grüne Träumereien». Für die SP hingegen stellt das Budget Teil eines Projektes einer Umverteilung von unten nach oben dar. Die FDP ortet «Lohnexzesse des Staates», während die GLP «mehr Schatten als Licht» sieht. Die Mitte schwafelt von der süßen Frucht des billigen Geldes und die Grünen bezichtigen den Finanzdirektor notorischer Schwarzmalerei. Dieser wehrt sich, auch mit dem Verweis auf die AAA-Wertung, die der Kanton eben erhalten hat. Das Spiel geht weiter...

14. Dezember

Die Diversity-Stelle der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) hat einen Leitfadens zur Gendersprache herausgegeben. Ein parteiloser, ehemaliger SVP-Kantonsrat stellte daraufhin einen Kürzungsantrag im kantonalen Budget um rund 750'000 Franken. Unterstützung erhielt der Streichungsantrag von der SVP und Teilen der FDP, scheiterte aber schliesslich doch mit 52 zu 116 Stimmen. Auch das Gesamtbudget wurde vom Kantonsrat mit 107 gegen 57 Stimmen angenommen, gegen die Stimmen von Grünen, SP und AL.

Das Baurekursgericht hat eine Einsprache einer IG Kiesgrube in fast allen Punkten abgelehnt. Die beiden Standortgemeinden Lindau und Illnau-Effretikon haben bei den Verhandlungen mit den Kiesgrubenbetreibern ihre Ziele erreicht und verzichteten deshalb auf Rechtsmittel. Die Kiesgrube steht in einem engen Zusammenhang mit dem Ausbau des projektierten Eisennahntunnels Brütten. Dort werden rund 500'000 Tonnen Kies gebraucht.

15. Dezember

Im Stadtzürcher Parlament geht es um finanzielle Hilfeleistungen für kleine Theater, so soll das Tanzhaus, gemäss einem Antrag aus SVP-Kreisen rund 800'000 Franken weniger an Subventionen erhalten und zwar als Straffaktion, weil dort eine Dragshow, die ja von Rechtsextremen gesprengt wurde, aufgeführt wurde. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein zweiter Antrag, der das Theater sogar bestrafen wollte, da es eine SVP-kritische Produktion präsentierte und deshalb um 259'000 Franken weniger Subventionen erhalten sollte. Das Geplänkel ums Budget wird fortgesetzt.

Eine Allianz aus NGOs Umverkehr und Pro Velo, der städtische SP und Grünen wollen den Umbau der Stadt beschleunigen und haben deshalb zwei Volksinitiativen eingereicht. Der Stadtrat lehnt beide Initiativen als zu extrem ab, er hat aber für beide Initiativen Gegenvorschläge ausgearbeitet. Jetzt folgt das parlamentarische Prozedere.